

Wie die Randständigkeit des Kommunismus die Bundesrepublik prägte. Überlegungen aus dem Vergleich mit ihren westeuropäischen Nachbarn

Lange und intensiv haben deutsche Historiker (seltener auch Historikerinnen) darüber nachgedacht, was die Bundesrepublik in den ersten Dekaden ihres Bestehens vom »Westen« unterschied. »Westen« wurde dabei meist als Chiffre für ein als weitgehend homogen gedachtes Kontinuum genutzt, das die Demokratien Westeuropas und die USA einschloss. Der »Westen« erschien in diesem Bild als liberal, demokratisch und kapitalistisch. Vor dieser imaginären Folie wurden der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft Demokratie- und Liberalitätsdefizite sowie ein Überhang autoritärer Einstellungen attestiert – Defizite, die sie diesem Narrativ zufolge seit den 1960er-Jahren in einem langsamen Annäherungsprozess an ihre westlichen Nachbarn überwand.

Gemeinsam mit und nach einigen anderen habe ich in den letzten Jahren darauf hingewiesen, dass es sich bei diesem Bild um ein Produkt vielfältiger Projektionen handelt; Philipp Gassert hat das Konzept schon vor gut 20 Jahren scharfsichtig dekonstruiert.¹ Dennoch wirkt es fort. Das vermeintlich »westliche« Modell von Demokratie war letztlich in vielerlei Hinsicht eine spezifisch deutsche Imagination, in der Westeuropa neben den USA als Projektionsfläche und Sehnsuchtsort firmierte, seine komplexe Realität hingegen ausgespart blieb. Vieles wurde in die Demokratien des »Westens« projiziert, anderes blieb ausgeklammert. Zu den Aspekten, die in dieser Erzählung keinen Raum fanden, zählt der Kommunismus.² Darauf richtet sich mein Interesse in diesem Beitrag.

In fast allen westeuropäischen Demokratien hatte der Kommunismus nach 1945 eine größere Präsenz als in der Bundesrepublik, in einigen entfalteten kommunistische Parteien langfristige Prägekraft. Die westdeutsche Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hingegen verschwand spätestens mit ihrem Verbot 1956 von der politischen Bildfläche; zudem etablierte sich auch jenseits der Partei kein signifikanter Intellektuellen-

1 Philipp Gassert: *Ex Occidente Lux? Der Westen als nationaler Mythos der Berliner Republik*, in: *Vorgänge* 40 (2001), H. 2, S. 15–22; meine eigenen Überlegungen zum »Westen« in: Sonja Levsen: *Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich, 1945–1975*, Göttingen 2019, sowie Sonja Levsen/Cornelius Torp: *Die Bundesrepublik und der Vergleich*, in: dies. (Hg.): *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte*, Göttingen 2016, S. 9–28, dort auch mit weiterer Literatur zum Konstrukt des »Westen«. Ich danke Thomas Kroll für die kritische Lektüre dieses Beitrags.

2 Siehe auch Thomas Kroll: *Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa: Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945–1956)*, Köln, Weimar, Wien 2007, S. 2.

kommunismus. Zwar sind in den jeweiligen Historiografien Einfluss, Charakter und Entwicklung der kommunistischen Parteien Westeuropas mehr oder weniger umfassend behandelt.³ In den Narrativen einer westdeutschen Annäherung an den »Westen« ist die Präsenz des Kommunismus in Westeuropa generell jedoch in auffällender Form abwesend.

Hatte und hat dieser blinde Fleck Konsequenzen auch für Deutungen der westdeutschen Geschichte? Ergeben sich andere Perspektiven auf die westdeutsche Nachkriegsgeschichte, wenn man den Blick auf die im Vergleich relative Randständigkeit und spätere Abwesenheit des Kommunismus in den ersten zweieinhalb Dekaden ihres Bestehens richtet? Diesen Fragen gehe ich im Folgenden nach. Methodisch ist es zweifellos schwierig, nach den Folgen einer Leerstelle zu fragen: Es kann nicht darum gehen, Kausalitäten zu postulieren. Ziel ist vielmehr, nach intellektuellen Anregungen einer Perspektivverschiebung zu suchen. Die Historiografie hat bisher mit Blick auf das Themenfeld »Kommunismus und Bundesrepublik« andere Fragen diskutiert: Analysiert wurden Strategie, Einfluss und Charakter der KPD in der frühen Nachkriegszeit, Gründe und politische Legitimität der Kriminalisierung des Kommunismus und des Parteiverbots, Ausmaß und Charakter des Antikommunismus und, prominent, die indirekten Folgen der *Präsenz* des Kommunismus im »Osten«, die Folgen der Systemkonkurrenz also für die Bundesrepublik.⁴ Eric D. Weitz sprach etwa vom »ever-present other« und betonte damit, wie sehr zahlreiche Diskurse und Politikfelder in Westdeutschland indirekt von der Existenz der DDR geprägt wurden.⁵ Die Folgen dieser Präsenz des »Anderen« und jene seiner inneren Abwesenheit lassen sich nicht rigide voneinander unterscheiden, die Geschichten waren eng verflochten. Dennoch lohnt sich der Perspektivwechsel.

- 3 Das gilt insbesondere für Frankreich und Italien. Einblicke in die französische Forschungslandschaft liefert u. a. Marc Lazar: Rezension zu: Roger Martelli: *Le PCF, une énigme française*, Paris 2020; Roger Martelli/Jean Vigreux/Serge Wolikow/Armand Colin: *Le Parti rouge. Une histoire du PCF 1920–2020*, Malakoff 2020; Julian Misch: *Le parti des communistes. Histoire du Parti communiste français de 1920 à nos jours*, Marseille 2020; Maurice Thorez: *Journal 1952–1964*, in: *Histoire Politique* (online), Comptes rendus, 6. November 2021, <https://doi.org/10.4000/histoirepolitique.1664> (ges. am 13. März 2024); neben den dort rezensierten Titeln auch Stéphane Courtois/Marc Lazar: *Histoire du Parti communiste français*, 3. überarb. Aufl. Paris 2022, mit umfassenden Literaturangaben. Den Forschungsstand zum italienischen Kommunismus diskutiert Giovanni Gozzini: *Italian Communism*, in: Norman Naimark/Silvio Pons/Sophie Quinn-Page (Hg.): *The Cambridge History of Communism*, Bd. II: *The Socialist Camp and World Power 1941–1960s*, Cambridge 2017, S. 597–618; vergleichend u. a. Marco Di Maggio: *The Rise and Fall of Communist Parties in France and Italy. Entangled Historical Approaches*, Cham 2021; Marc Lazar: *Maisons rouges. Les partis communistes français et italien de la Libération à nos jours*, Paris 1992; Federico Romero: *Cold War Anti-Communism and the Impact of Communism on the West*, in: Naimark/Pons/Quinn-Page (Hg.): *The Cambridge History of Communism*, Bd. II, S. 291–314.
- 4 U. a. mit weiterer Literatur: Till Kössler: *Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968*, Düsseldorf 2005; Patrick Major: *The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945–1956*, Oxford u. a. 1997; Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hg.): »Geistige Gefahr« und »Immunisierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014.
- 5 Eric D. Weitz: *The Ever-Present Other. Communism in the Making of Western Germany*, in: Hanna Schissler (Hg.): *The Miracle Years. A Cultural History of West Germany, 1949–1968*, Princeton/Oxford 2001, S. 219–232.

I. Kommunismus in Westeuropa und Westdeutschland nach 1945

In allen westeuropäischen Demokratien gab es nach Ende des Zweiten Weltkriegs kommunistische Parteien, wenngleich sehr unterschiedlicher Größe. Die stärksten Parteien fanden sich in Frankreich, Italien und – wenig bekannt – in Finnland. Die Französische Kommunistische Partei (*Parti communiste français*, PCF) wurde bei der ersten Parlamentswahl der Vierten Republik im November 1946 mit beeindruckenden 28,6 Prozent der Stimmen stärkste Partei und blieb für einige Jahre »le premier parti de France«.⁶ In den zweieinhalb Dekaden nach 1945 gewann sie fast immer über 20 Prozent der Stimmen, hatte für lange Jahre etwa ein Viertel der Sitze im Parlament inne und in ihrer Hochphase rund 800 000 Mitglieder – ungefähr so viele wie zeitgleich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), allerdings nur für wenige Jahre.⁷ Ihre italienische Schwesterpartei, der *Partito Comunista Italiano* (PCI), gilt als Ausnahmephänomen, erlangte er doch teils über 30 Prozent der Stimmen in nationalen Wahlen und hatte eine erstaunlich große Mitgliedschaft von zeitweise über zwei Millionen Mitgliedern – etwa doppelt so viele wie die nächstgrößere Partei, die *Democrazia Cristiana* (DC).⁸ Beide kommunistischen Parteien blieben mit Blick auf die Wahlergebnisse bis Ende der 1960er-Jahre ausgesprochen stabil. Die finnische KP gewann in den ersten Wahlen nach Kriegsende ein Fünftel der Sitze im Parlament; in der finnischen Gesellschaft kursierten angesichts dieser Erfolge Ängste vor einem kommunistischen Putsch.⁹ Das von der KP geführte radikale Linksbündnis *Suomen Kansan Demokraattinen Liitto* (SKDL) erhielt bis Ende der 1960er-Jahre kontinuierlich über 20 Prozent der Wählerstimmen.¹⁰

Jenseits dieser Hochburgen des westlichen Kommunismus hatte Luxemburg eine KP, die wiederholt über zehn Prozent der Stimmen erlangte; in Schweden lagen die Wahlergebnisse mal über, mal unter fünf Prozent, bei jedoch dauerhafter Präsenz im Parlament. Die kommunistischen Parteien der Niederlande, Österreichs, der Schweiz und Belgiens verloren nach unterschiedlich ausgeprägten Anfangserfolgen schneller an Rückhalt und Wählerstimmen; sie blieben aber, wenn auch mit wenigen Sitzen, in den beiden Nach-

6 Misch: Le parti des communistes (Anm. 3), S. 372.

7 Roger Martelli/Jean Vigreux/Serge Wolikow: One Hundred Years of History of the French Communist Party. The Red Party, Cham 2022, S. 92; R. Neal Tannahill: The Communist Parties of Western Europe. A Comparative Study, Westport 1978, S. 253.

8 Zahlen für Deutschland und Italien nach Claudia Gatzka: Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979, Düsseldorf 2019, S. 92; zum PCI zudem Gozzini: Italian Communism (Anm. 3), u. a. S. 600.

9 Der Forschungsstand zum finnischen Kommunismus ist wesentlich begrenzter als jener zu Frankreich oder Italien, Zahlen hier nach John Helms Hodgson: Communism in Finland. A History and Interpretation, Princeton 1967, S. 174; siehe daneben auch Tauno Saarela: Finnish Communism Visited, Helsinki 2015.

10 Elina Katainen nennt für die Finnische Kommunistische Partei anhaltende Wahlerfolge zwischen 20 und 25 Prozent zwischen 1945 und 1975, siehe Elina Katainen: Communist Women in Finland, 1944–1948. Olga Virtanen's Story, in: Claire Duchon/Irene Bandhauer-Schoffmann (Hg.): When the War was Over. Women, War and Peace in Europe, 1940–1956, London, New York 2000, S. 119–131, hier S. 119.

kriegsdekaden überall in den Parlamenten präsent.¹¹ Die *Communist Party of Great Britain* (CPGB) war mit Wahlergebnissen von unter einem Prozent eine Splitterpartei, dennoch entfaltete der Kommunismus auch in Großbritannien eine nicht unbedeutende, in manchen Teilfeldern erstaunliche politische Wirkmacht, auf die zurückzukommen sein wird.¹²

Westeuropa war demnach, selbst wenn man den Begriff auf die westeuropäischen Demokratien verengt, alles andere als ein politisch homogener Raum. Die skizzierten Parteien waren nicht nur sehr unterschiedlich erfolgreich, auch ihre politischen Strategien zeigten jeweils deutliche nationale Eigenheiten. Dennoch war der Kommunismus¹³ als politische Kraft überall präsent. Anfangs galt dies, wenn auch am unteren Rand des Spektrums, auch für die Bundesrepublik. Auf der Parteiebene waren die Erfolge des westdeutschen Kommunismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit demjenigen in Ländern wie der Schweiz oder den Niederlanden vergleichbar. Der KPD gelang 1949 eine durchaus bemerkenswerte Rückkehr auf die politische Bühne; sie zog mit 5,7 Prozent der Stimmen in den Bundestag und zudem mit teils sogar zweistelligen Ergebnissen in eine Reihe von Landtagen ein. Schon bei der zweiten Bundestagswahl aber scheiterte sie mit einem Wahlergebnis von 2,2 Prozent der Stimmen an der neu eingeführten Fünfprozenthürde.¹⁴

Die Anfangserfolge der KPD verdeckten allerdings eine bereits deutliche Schwäche, in der sich die Konsequenzen der systematischen Verfolgung im Nationalsozialismus und der deutschen Teilung spiegelten. Zahlreiche dem Marxismus nahestehende Intellektuelle waren im Nationalsozialismus emigriert und blieben im Ausland; kehrten sie zurück, dann eher nicht in die Bundesrepublik. Einige, wie etwa Ernst Bloch, wählten die DDR. *Fellow Traveler* von der Wirkmacht eines Jean-Paul Sartre gab es in Westdeutschland nicht: Sie waren hier geradezu undenkbar in ihrer Faszinationskraft, aber auch in ihrer dezidierten Uneindeutigkeit zwischen Nähe und Distanz zur kommunistischen Partei. Während sich der PCF als Intellektuellenpartei rühmte und Paul Langevin, Frédéric Joliot-Curie und Künstler wie Pablo Picasso zu seinen Mitgliedern zählte, der PCI von der posthumen Strahlkraft Antonio Gramscis zehrte¹⁵ und auch in Österreich kommunistische Intellektuelle an Einfluss gewannen, etablierte sich in der Bundesrepublik kein wirkmächtiger Intellektuellenkommunismus. Zudem brachte die deutsche

11 Zahlen nach Tannahill: *Communist Parties* (Anm. 7), S. 258, 262, 259, 240, 263, 250 (in der Reihenfolge ihrer Nennung).

12 Geoff Andrews: *Endgames and New Times. The Final Years of British Communism 1964–1991*, London 2004, S. 13 spricht mit Blick auf die Partei von »small but at times quite influential«; siehe zur Rolle des Kommunismus in der britischen Gesellschaft auch Kevin Morgan/Gidon Cohen/Andrew Flinn: *Communists and British Society, 1920–1991*, London u. a. 2007.

13 Darunter fasse ich hier kommunistische Parteien, die Mitgliedschaft in oder die intellektuell-politische Nähe zu einer kommunistischen Partei.

14 Eine exzellente Übersicht über Wahlergebnisse auf Landes- und Bundesebene seit 1946 liefert »Alle Wahlen seit 1946«, in: <https://www.tagesschau.de/wahlarchiv/chronologie> (ges. am 13. März 2024).

15 Zu Intellektuellen im PCF Misch: *Le parti des communistes* (Anm. 3), S. 381; Martelli/Vigreux/Wolikow: *One Hundred Years* (Anm. 7), S. 123 f.; zu Gramsci Gozzini: *Italian Communism* (Anm. 3), S. 598 f.

Teilung in der Bundesrepublik einen wohl auch im westeuropäischen Vergleich besonders breit geteilten Antikommunismus hervor. Nicht zuletzt entwickelte sich hier keine kommunistische Presse von signifikanter Wirkmacht.

Neben parteiinternen Konflikten und Säuberungen trug schließlich die Kriminalisierung des Kommunismus durch die Bundesregierung entscheidend zum Niedergang der Partei bei.¹⁶ Seit 1950 wurden KPD-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst entlassen, 1951 stellte die Bundesregierung einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht. Schon im selben Jahr wurde die Jugendorganisation FDJ (Freie Deutsche Jugend) verboten; zugleich stuften neu eingeführte Strafrechtstatbestände eine kommunistische Betätigung weitgehend als illegal ein und legten die Grundlage für eine langjährige Verfolgung von Kommunistinnen und Kommunisten.¹⁷ Das waren repressive Maßnahmen, die in westeuropäischer Perspektive ungewöhnlich waren. Auch in Frankreich kam es zu Prozessen gegen Kommunistinnen und Kommunisten, wenn ihre politischen Aktionen als Gefährdung der nationalen Sicherheit eingestuft wurden; das betraf etwa Aktionen oder Stellungnahmen gegen den Korea-, Indochina- und Algerienkrieg. Verhaftungen gab es auch aufgrund von gewalttätigen Streikaktionen, die in den ersten Jahren der Vierten Republik keine Seltenheit waren.¹⁸ Schon aufgrund der Größe des PCF und der politischen Wirkmacht der kommunistischen Presse war in Frankreich eine Verfolgung von Kommunisten allein auf der Grundlage von Parteiaktivismus jedoch nicht denkbar. In Großbritannien wurden Parteimitglieder der CPGB aufgrund von Sicherheitsbedenken teilweise aus »sensitive positions« im Civil Service entfernt; das betraf allerdings nur eine kleine Gruppe und ging meist nicht mit einer Entlassung, sondern einer Versetzung in »non-sensitive positions« einher.¹⁹

In Westdeutschland schloss das Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1956 den Kommunismus aus der Demokratie und der politischen Öffentlichkeit aus. Die staatlichen Repressionen gegenüber der KPD und das Parteiverbotsverfahren sind vielfach mit Blick auf die politischen Motive der Bundesregierung einerseits und ihre retrospektive politische Bewertung andererseits diskutiert worden; beides soll hier nicht Thema sein. Für die Verortung der Bundesrepublik innerhalb Westeuropas sind die Folgen von Interesse. Die kommunistischen Parteien in den anderen Gesellschaften Westeuropas hatten und behielten eine Doppelrolle. Einerseits waren sie Anti-System-Parteien, die sich für eine radikale Umgestaltung der politischen wie auch der Wirtschafts- und Sozialordnung einsetzten und sich dabei ideologisch stark an der Sowjetunion orientierten, demnach: »das Andere« der Demokratie. Zugleich und mit der Zeit zunehmend waren es andererseits auch Parteien, die – in unterschiedlichem Ausmaß – de facto eine aktive, teils bedeutende Rolle in der repräsentativen Demokratie einnah-

16 Major: *Death of the KPD* (Anm. 4); Kössler: *Abschied* (Anm. 4). Säuberungen und innere Konflikte kennzeichneten auch die anderen kommunistischen Parteien Westeuropas.

17 Dominik Rigoll: *Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*, Göttingen 2013, Kap. 1.

18 Martelli/Vigreux/Wolikow: *One Hundred Years* (Anm. 7), u. a. S. 113, 115, 118, 125.

19 Eleanor Bontecou: *The English Policy as to Communists and Fascists in the Civil Service*, in: *Columbia Law Review* 51 (1951), H. 5, S. 564–586, Zitate S. 564, 573.

men, spezifische Themen einbrachten, parlamentarische Praxis und demokratische Öffentlichkeit mitprägten.²⁰ Kommunistinnen und Kommunisten waren Mitgestalter *und* innere Gegengesellschaft der westeuropäischen Demokratien. Solchen Formen einer Uneindeutigkeit des Verhältnisses von Kommunismus und Demokratie stand spätestens 1956 in Westdeutschland eine ungewöhnlich eindeutige Markierung des Kommunismus als »das Andere« der Demokratie gegenüber.²¹

Die Lage in der Bundesrepublik unterschied sich demnach in mehrfacher Hinsicht von jener gerade in Frankreich oder Italien, graduell auch von jener in anderen westeuropäischen Gesellschaften. Welche Fragen an die westdeutsche Geschichte lassen sich aus dem Blick auf diese Unterschiede gewinnen? Auf der Grundlage der Forschung insbesondere zum französischen und zum britischen, in Grenzen auch zum italienischen Kommunismus rücke ich im Folgenden einzelne Felder in den Blick, die das Potenzial einer solchen Perspektivverschiebung illustrieren können.

II. Klasse versus Gemeinschaft

In Westdeutschland machte der Soziologe Helmut Schelsky 1953 mit der Diagnose der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« von sich reden; sie fand außerordentlich große gesellschaftliche Resonanz.²² Reale Klassenunterschiede hatten nach Schelsky infolge einer »Nivellierung des realen wirtschaftlichen und politischen Status« an Bedeutung verloren; es sei damit zur Entstehung einer »verhältnismäßig einheitlichen Gesellschaftsschicht« – des Mittelstands – gekommen. Dem zuwiderlaufende Selbstwahrnehmungen spezifischer Gruppen waren ihm zufolge »Formen der ›Einbildung‹«, hinter denen »kaum noch soziale Realitäten« stünden.²³ Schelskys These wurde nicht nur zeitgenössisch breit

20 Ich folge hier Di Maggio: Rise and Fall (Anm. 3), S. xx; die Unterschiede im Verhältnis zu Parlamentarismus und Demokratie skizziert nuanciert Kroll: Kommunistische Intellektuelle (Anm. 2). Selbst die stalinisierte Kommunistische Partei Frankreichs wirkte – nicht zuletzt im Lokalen – als Teil der Demokratie.

21 Ähnlich scharf wie in der Bundesrepublik wurde der Kommunismus vielleicht in den USA unter McCarthy als Gegner der Demokratie markiert. Dominik Rigoll argumentiert allerdings, dass die Kriminalisierung kommunistischer Tätigkeit in der Bundesrepublik zu weit mehr Strafverfahren und Urteilen führte, Rigoll: Staatsschutz (Anm. 17), Kapitel I, bes. S. 107. In Griechenland wurde die Kommunistische Partei infolge des blutigen Bürgerkriegs verboten; dieser Fall soll hier aufgrund seiner Spezifika unberücksichtigt bleiben.

22 Er führte das aus in: Helmut Schelsky: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Dortmund 1953; sowie in dem Aufsatz »Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft (1953)«, in: ders.: Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf, Köln 1965, S. 331–336; dazu und zum Folgenden auch Hans Braun: Helmut Schelskys Konzept der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« und die Bundesrepublik der 50er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 29 (1989), S. 199–223, sowie Paul Nolte: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 331–335.

23 Schelsky: Bedeutung (Anm. 22), S. 332, 334.

rezipiert, auch langfristig entwickelte die Idee einer »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« eine erstaunliche Prägekraft für westdeutsche Selbstbeschreibungen. Der Begriff der »Klasse« hingegen und die mit dem Begriff verbundene Vorstellung einer nach sozio-ökonomischer Lage differenzierten und von sozialen Konflikten geprägten Gesellschaft verschwand schrittweise aus Politik, Medienöffentlichkeit und Wissenschaft. 1959 war »Klasse« im Godesberger Programm der SPD primär ein Begriff zur Beschreibung der Vergangenheit, während die Zukunftsvision um den Begriff der »Gemeinschaft« kreiste.²⁴

Das war westlich des Rheins anders. 1954, als die westdeutsche Öffentlichkeit die Schelsky'sche Gemeinschaftsimagination aufgriff und sein Buch eine zweite Auflage erfuhr (drei weitere sollten folgen), führte Frankreich eine auf dem Klassenkonzept beruhende Gesellschaftsstatistik ein. 1946 hatte das Klassenkonzept Eingang in das Arbeitsrecht gefunden. Beides geschah, so hat Lutz Raphael explizit unterstrichen, unter dem Eindruck des enormen Machtgewinns der Kommunistischen Partei.²⁵ Klassenzugehörigkeit wurde in der französischen Soziologie wie der Politik zu einem wichtigen Erklärungsmuster und soziale Unterschiede damit langfristig sichtbarer als in der Bundesrepublik. Die Kommunistische Partei Frankreichs und ihre Presse pflegten in der Öffentlichkeit mit verbaler Vehemenz, großer Breitenwirkung und langfristiger Wirksamkeit die Sprache der Klasse. Noch Ende der 1960er-Jahre, das hat Julian Bourg betont, war unter diesem Einfluss einer dominanten Kommunistischen Partei die gesamte französische Linke von einer »mono-language of class« geprägt.²⁶ Soziale Unterschiede waren in der politischen Debatte damit stets als zentrale Konfliktlinien präsent und blieben zumindest auf einer Seite des politischen Spektrums *die* Grundlage des Gesellschaftsbildes.

Schelskys zeitgenössische Resonanz in der Bundesrepublik gilt als Ausdruck eines Bedürfnisses nach »sozialer Harmonie« in den 1950er-Jahren; verwiesen wird zudem auf die Nachwirkungen des NS-Volksgemeinschaftsideals.²⁷ Aber auch die Nichtpräsenz kommunistischer Intellektueller oder einer einflussreichen kommunistischen Presse sind Faktoren, die erklären können, warum Schelskys Mittelstandsgesellschaft in der Bundesrepublik wenig politischen Widerspruch erfuhr. Eine vergleichbare Negierung sozialer Konfliktlagen wäre im intellektuellen Umfeld Frankreichs oder auch Großbritanniens der 1950er-Jahre eher nicht denkbar gewesen. Wohl nicht zufällig kam eine wissenschaftliche Gegenposition in der Bundesrepublik von einem Intellektuellen, der die

24 Godesberger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf (ges. am 8. Oktober 2023).

25 Lutz Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019, S. 107 f.; nuancierend zu Großbritannien Felix Römer: Evolving Knowledge Regimes. Economic Inequality and the Politics of Statistics in the United Kingdom since the Post-war Era, in: KNOW: A Journal on the Formation of Knowledge 4 (2020), H. 2, S. 325–352.

26 Julian Bourg: From Revolution to Ethics. May 1968 and Contemporary French Thought, 2. Aufl. Montreal u. a. 2017, S. 182; siehe auch Levens: Autorität (Anm. 1), S. 464.

27 Braun: Schelskys Konzept (Anm. 22), S. 222; Raphael: Kohle und Stahl (Anm. 25), S. 109 f.

mittleren 1950er-Jahre in der britischen Wissenschaft verbrachte: Ralf Dahrendorf.²⁸ Prägend für westdeutsche Selbstdeutungen aber blieb Schelsky, während Dahrendorfs Konflikttheorie stärker in Großbritannien rezipiert wurde.

Der Blick auf Großbritannien verkompliziert allerdings die Frage nach dem Zusammenhang zwischen einer Präsenz des Kommunismus und Klassendiskursen. Auch die britische Gesellschaft des 20. Jahrhunderts akzeptierte »Klasse« weithin als Begriff gesellschaftlicher Selbstdeutung und -verortung. Im britischen Fall lässt sich das allerdings kaum kausal mit dem Parteikommunismus in Zusammenhang bringen. Die Selbstwahrnehmung als Klassengesellschaft hatte eine vergleichsweise lange Tradition, und die CPGB blieb auf der parlamentarischen politischen Bühne wie erwähnt marginal. Dennoch wurde auch im Großbritannien des 20. Jahrhunderts soziale Ungleichheit in Statistik, Politik und Öffentlichkeit offensiver thematisiert als in der Bundesrepublik. Felix Römer hat jüngst darauf hingewiesen, dass sich diese unterschiedlichen Traditionen noch in der Gegenwart darin niederschlagen, wie in beiden Gesellschaften Coronastatistiken erstellt wurden: In der Bundesrepublik gaben diese kaum Aufschluss über soziale Komponenten der Pandemie. Ob nun seit Schelsky oder in noch längerer Tradition: Die »Illusion der egalitären Gesellschaft« ist in der Bundesrepublik besonders tief verankert, der Unterschied zu Großbritannien oder den USA Römer zufolge »frappierend«.²⁹ Schließlich gibt es auch im Fall Großbritanniens Indizien dafür, dass der Kommunismus nicht unbedeutend war für die Tradierung des Klassenbegriffs, für die größere Aufmerksamkeit hinsichtlich sozialer Differenz und für ein im Vergleich zur Bundesrepublik anderes Bild der Arbeiterschaft in der Gesellschaft. Das zeigen die Entwicklung der britischen Geschichtswissenschaft und die Rolle kommunistischer bzw. marxistischer, der Kommunistischen Partei nahestehender Intellektueller in ihr (vgl. Abs. III) wie auch die Rolle der CPGB in der Arbeiterbewegung (Abs. IV).

III. Kommunismus, Marxismus, Geschichtswissenschaft und Gesellschaft

In scheinbarem Widerspruch zu ihrer geringen Größe entwickelte die CPGB in einigen Bereichen der britischen Gesellschaft signifikanten Einfluss. Dazu gehörte die Geschichtswissenschaft. Eine ganze Reihe einflussreicher britischer Historiker und (weniger) Historikerinnen waren in der CPGB sozialisiert, unter ihnen Edward P. Thompson, Ray-

28 Zum Verhältnis beider Gerhard Schäfer: Ambivalenzen einer soziologischen Beziehung: Ralf Dahrendorf und Helmut Schelsky, in: Martin Endreß/Stephan Moebius (Hg.): Zyklus 7. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie, Wiesbaden 2023, S. 149–181. Dahrendorfs Argumente wurden in Großbritannien stärker rezipiert als in der Bundesrepublik. Noch heute beschreibt der englischsprachige Wikipedia-Eintrag zu Dahrendorf in einem langen Absatz dessen »class conflict theory«, in: https://en.wikipedia.org/wiki/Ralf_Dahrendorf#Class_conflict_theory (ges. am 8. Oktober 2023); in der deutschen Variante bleibt diese randständig, siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Ralf_Dahrendorf (ges. am 4. Oktober 2023).

29 Felix Römer: Soziale Ungleichheit in der Pandemie. Warum Deutsche darüber weniger wissen als Briten, in: Geschichte der Gegenwart, 3.3.2021, <https://geschichtedergegenwart.ch/soziale-ungleichheit-in-der-pandemie-armutstatistiken-in-deutschland-und-grossbritannien/> (ges. am 13. September 2023).

mond Williams, Christopher Hill, Raphael Samuel und Eric Hobsbawm. Hobsbawm selbst gehörte zu den Gründern und langjährigen Mitgliedern der *Communist Party Historians Group* (CPHG), die von 1946 bis 1991 existierte, mit einer Hochphase in den 1950er-Jahren.³⁰ Über politische Fronten hinweg wird der transformative Einfluss dieser Gruppe auf die britische Geschichtswissenschaft als ausgesprochen groß eingeschätzt: Mit der *History from below* richteten ihre Mitglieder den Blick auf Gruppen, die bis dahin von der Geschichtswissenschaft weitgehend ignoriert worden waren, entwickelten eine britische Tradition der *Social History* und trugen im Rahmen der *History-Workshop*-Bewegung auch zur Demokratisierung der Geschichtswissenschaft selbst bei. Sie verschafften dem Interesse an Klassendifferenzen und Arbeiterschaft die nötige Aufmerksamkeit und räumten dem »Volk« (*the people*) einen Platz im Kern des historischen Denkens ein, den es bis heute nicht verloren hat. In seiner berühmten Studie *The Making of the English Working Class* entwickelte Thompson einen neuen Zugang zum Klassenbegriff, der Selbstwahrnehmungen gerade nicht als »Einbildung«, sondern als wirklichkeitskonstituierend verstand.³¹ Diese Innovationen entstanden allerdings nicht als Parteihistoriografie, sondern in kritischer Reibung mit Parteidoktrinen und kommunistischer Ideologie. Zahlreiche Historiker traten nach 1956 aus der Partei aus und engagierten sich in der New Left; Thompsons Studie entstand lange nach seinem Parteiaustritt. Auch jene wie Hobsbawm, die formell Mitglieder blieben, schrieben mit Distanz zu parteipolitischen Doktrinen. »[B]eing both a good historian and a loyal functionary«, sei eine Unmöglichkeit, kommentierte Hobsbawm mit Bezug auf den Parteihistoriker James Klugman, dessen Parteigeschichte er harsch kritisierte.³² »Growing up communist« oder die phasenweise Sozialisation in kommunistischen Gruppen boten als Form des intellektuellen »Außerhalbstehens« offenbar eine Grundlage für innovative Perspektiven, wenn sie sich mit gleichzeitiger intellektueller Distanz verbanden.³³ Zudem spielten marxistische Netzwerke auf lokaler, nationaler wie transnationaler Ebene eine Rolle für die Etablierung und akademische Wirkmacht dieser Innovationen. Sie bildeten ein nicht unbedeutendes Gegengewicht zu Tendenzen der Diskriminierung kommunistischer Historiker in den Universitäten.³⁴

30 Zur Bedeutung der CPHG als Netzwerk und Ort der Identitätsbildung Emile Chabal: *Historians of the world unite! Eric Hobsbawm and the Communist Party Historians Group, 1946–1956*, in: *Revista Mundos do Trabalho* 10 (2018), H. 19, S. 71–82 (dort mit weiteren Literaturhinweisen).

31 Edward P. Thompson: *The Making of the English Working Class*, New York 1963.

32 Eric Hobsbawm: *Problems of Communist History*, in: *New Left Review* 1/54, March/April 1969, S. 85–91, hier S. 90; dazu auch Donald Sassoon: *Remember us With Forbearance. The Unrepentant Eric Hobsbawm. An Obituary*, <https://www.opendemocracy.net/en/remember-us-with-forgiveness-unrepentant-eric-hobsbawm-obituary/> (ges. am 6. Oktober 2023).

33 Siehe für eindrucksvolle Schilderungen des Aufwachsens im kommunistischen Milieu Raphael Samuel: *The Lost World of British Communism*, London 2017; vergleichend Elke Weesjes: *Growing up Communist in the Netherlands and Britain. Childhood, Political Activism, and Identity Formation*, Amsterdam 2021.

34 Zu transnationalen Netzwerken Thomas Kroll: *Marxist Historians, Communist Historical Cultures and Transnational Relations in Western Europe in the 1950s and 1960s*, in: Stefan Berger/Christoph Cornelissen (Hg.): *Marxist Historical Cultures and Social Movements during the Cold War. Case Studies from Germany, Italy and Other Western European States*, Cham 2019, S. 65–87.

Die Abwesenheit einer signifikanten marxistischen Strömung in der Geschichtswissenschaft unterschied Westdeutschland deutlich von anderen westeuropäischen Gesellschaften, nicht nur von Großbritannien. Noch stärker als in Großbritannien prägten marxistische Intellektuelle – darunter nicht wenige Parteimitglieder des PCF – die französischen historiografischen Debatten. Marxistische Impulse brachten etwa in der Debatte um die Französische Revolution neue Interpretationslinien hervor, die aufgrund ihrer radikalen Perspektivverschiebungen zeitgenössisch vielfach als aufregend beurteilt wurden. Sie und die von ihnen mitgeprägten »weltanschaulich-politischen Frontstellungen« in der Revolutionsforschung gelten bis heute als Motor historiografischer Innovationen.³⁵ Zudem entstanden unter marxistischen Historikerinnen und Historikern transnationale Kontakte und Debatten, zu denen westdeutsche Historiker keinen Zugang fanden. So blieben die Deutungskorridore der westdeutschen Geschichtswissenschaft in den zwei Nachkriegsdekaden enger, blieb ihre Perspektive vergleichsweise staatsfixiert. Sie schaute und – mit gewissen Abstrichen ist dieser Unterschied bis heute erkennbar – schaut eher von oben als *from below* auf die Gesellschaft und entwickelte ein deutlich geringer ausgeprägtes Interesse an sozialer Ungleichheit. Statt nach Klassen suchte man in der westdeutschen Geschichtswissenschaft nun etwa nach Generationen – ein Begriff, der wohl nicht zufälligerweise in der deutschen Forschung zu '68 sehr viel prägender ist als in der französischen oder britischen –, statt nach den Erfahrungen sozialer Ungleichheit eher nach dem Sozialstaat. Auch die Familie hat in den deutschen Sozialwissenschaften wie auch der Historiografie seit 1945 kontinuierlich mehr Aufmerksamkeit gefunden als in Frankreich oder Großbritannien.

Dieser Blick auf Unterschiede sollte nicht als vorschnelle Gleichsetzung marxistischer mit »innovativer« Historiografie missverstanden werden. Parteinähe Historiografie war häufig eher erkenntnishemmend; das gilt etwa für viele Studien zur Geschichte der jeweiligen kommunistischen Parteien selbst. Auch darüber hinaus wären die skizzierten Blickfelderweiterungen durch marxistische Perspektiven und das heuristische Potenzial des politischen Streits abzuwägen gegenüber möglichen Blickverengungen und Ausgrenzungen durch politische Konfliktlinien. Der Fokus auf die Randständigkeit und spätere Abwesenheit des Kommunismus in der Bundesrepublik kann aber ein Puzzlestück dazu beitragen, Spezifika westdeutscher historiografischer Entwicklungen sichtbar zu machen. Eine gewisse Annäherung brachten die 1970er-Jahre, in denen in Westdeutschland vorübergehend ein neues Interesse an Arbeitergeschichte und Klassenbegriff florierte – initiiert und getragen nicht nur, aber auch von Historikern, die der 1968 gegründeten DKP nahestanden oder, wie Detlev Peukert, Mitglieder waren. Das aber blieb eher ein Interludium. In den 1980er-Jahren prägte es noch große Oral-History-Projekte, rückte dann aber wieder in den Hintergrund.³⁶

35 Albert Sobouls Interpretation beurteilte Geoffrey Ellis 1978 als »a landmark in French revolutionary studies«. Geoffrey Ellis: The »Marxist Interpretation« of the French Revolution, in: English Historical Review 93 (Apr. 1978), H. 367, S. 353–376, hier S. 353; Elisabeth Fehrenbach: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress, 5. Aufl. München 2008, S. 162.

36 Umfangreiche Studien zum Kommunismus in Westeuropa entstanden in dieser Dekade insbesondere in der Politikwissenschaft, darunter Dieter Oberndörfer: Sozialistische und Kommunistische

IV. Arbeiter, Konflikte, Proteste

Jenseits dieses Zusammenhangs von Wissenschaft, Gesellschaft und Klassenwahrnehmung prägten die große Kommunistische Partei Frankreichs, aber interessanterweise auch die kleine Großbritanniens den Charakter von Arbeitskämpfen nach 1945 in signifikanter Weise. Es dürfte daher produktiv sein, die Marginalität und spätere Abwesenheit eines Parteikommunismus in Westdeutschland in die Interpretation der deutschen Protestgeschichte einzubeziehen. In der deutschen Medienöffentlichkeit wird die französische Protestkultur des 20. und 21. Jahrhunderts gern vorschnell in vermeintlich ungebrochene Traditionslinien seit der Französischen Revolution eingeordnet oder gar einem französischen Nationalcharakter zugeschrieben.³⁷ Damit wird eine auch in Frankreich gängige Selbstdeutung übernommen, die nicht zuletzt von kommunistischen Gewerkschaftsfunktionärinnen und -funktionären gepflegt wird: eine Deutung, in der die Protestierenden nicht als Interessensgruppe, sondern als »das Volk« erscheinen.³⁸ Anstelle der Konstruktion historischer Traditionsmythen gälte es, genauer danach zu fragen, inwieweit kommunistische Traditionen und Strategien die konfrontative Kultur sowohl von französischen Arbeitskämpfen als auch von anderen Formen öffentlichen Protests geprägt haben. Es erscheint naheliegend, dass sich die bis heute besonders ausgeprägte »Wir«-gegen-»Die-da-oben«-Rhetorik französischer Sozialproteste auch aus kommunistischen Sprach-, Wahrnehmungs- und Protesttraditionen speist. Klar ist, dass der französische PCF mittels des von ihm dominierten Gewerkschaftsdachverbands *Confédération générale du travail* (CGT) lange den militanten Flügel der Arbeiterbewegung stärkte. Der CGT gehörten 1946 3,8 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter an; die Dominanz kommunistischer Funktionäre in ihr war unumstritten.³⁹ Gerade in den Nachkriegsdekaden, aber auch über sie hinaus zeichnete die Parteipresse ein Bild des Streiks als heroischem, maskulinem, aufrechtem Kampf der Arbeiter gegen Kapitalismus und

Parteien, 2 Bde., Opladen 1978/79 und Tannahill: *Communist Parties* (Anm. 7); zu den Oral-History-Projekten in der Arbeitergeschichte Franka Maubach: »Mehr Geschichte wagen! LUSIR und die ganze Geschichte der Arbeiter im Ruhrgebiet vor, während und nach dem Nationalsozialismus, in: *Sprache und Literatur* 47 (2018), H. 1, S. 29–57.

37 Beispielhaft etwa: Thomas Adamson: *Tradition des Widerstands in Frankreich. Was Ludwig XVI. Macron lehren kann*, in: *taz* vom 9.12.2018, <https://taz.de/Tradition-des-Widerstands-in-Frankreich/!5557622/> (ges. am 6. Oktober 2023); *Proteste in Frankreich. Ein Hauch von Bürgerkrieg*, in: *Rheinische Post* vom 26.3.2023, https://rp-online.de/politik/ausland/rentenreform-in-frankreich-protestkultur-im-land-der-revolution_aid-87310653 (ges. am 6. Oktober 2023).

38 Zitat des Gewerkschaftsführers Amar Lagha ebd. Zur Konstruktion von nationalen Traditionslinien und den Aporien dieser Narrative im PCF knapp auch Roger Martelli: *L’empreinte communiste. PCF et société française, 1920–2010*, Paris 2010, S. 51 f.; zur Geschichtspolitik des PCF daneben Julian Misch: *La révolution au nom de la tradition. Mise en scène historique de l’implantation communiste dans l’Allier*, in: Maryline Crivello/Patrick Garcia/Nicolas Offenstadt (Hg.): *Concurrence des passés. Usages politiques du passé dans la France contemporaine*, Aix-en-Provence 2017, S. 119–129. In der französischen wie in der britischen marxistisch inspirierten Historiografie ging es immer wieder auch um den Nachweis einer indigenen radikalen Protesttradition; siehe dazu David Renton: *Studying Their Own Nation without Insularity? The British Marxist Historians Reconsidered*, in: *Science & Society* 69 (2005), H. 4, S. 559–579.

39 Misch: *Le parti des communistes* (Anm. 3), S. 381.

Regierung und operierte dabei mit dem Bild »sauberer« Arbeiter, die einer »schmutzigen« Regierung die Stirn böten.⁴⁰ Solche Identitätsangebote ebenso wie die konkrete Parteipolitik in Gewerkschaften und Fabriken bestärkten militante Proteststrategien und eine vielfach enge Verflechtung von politischen und ökonomischen Forderungen. Französische Sozialkonflikte und Arbeitskämpfe brachten in der Nachkriegszeit nicht nur weitaus mehr Streiktage mit sich, sondern waren auch von einer höheren Gewaltbereitschaft geprägt als jene in Westdeutschland.⁴¹ Trotz des vollzogenen Wandels innerhalb der CGT spielen kommunistische Funktionäre in ihr bis heute eine angesichts des Bedeutungsverlusts der Partei erstaunlich große Rolle.

Selbst in Großbritannien gelang es der kleinen Kommunistischen Partei immer wieder, sowohl zentrale Posten in den großen Gewerkschaften zu besetzen als auch auf gewerkschaftliche Strategien Einfluss zu nehmen. Gerade in den 1970er-Jahren prägte sie damit auch die großen Streikbewegungen mit und trug zu deren Militanz sowie offenbar zu einem Linksruck der *Labour Party* bei.⁴² Auch die kommunistische Presse mit dem *Daily Worker* und später dem *Morning Star* übte einen genauer zu bestimmenden, aber nicht unbedeutenden Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung aus. In westdeutschen Betrieben hingegen, so hat Till Kössler gezeigt, förderte die Repression gegen die KPD eine Entwicklung »von fundamentaler Opposition zur Kooperation«, wirkte doch die Entlassung der »aktivsten und radikalsten Kommunisten« abschreckend und bestärkte den kompromissbereiten Teil kommunistischer Arbeiter. Dieser Prozess ging einher mit einer Entradikalisierung und schließlich »Anpassung an die betriebliche und industrielle Ordnung«.⁴³ Das Parteiverbot schaltete, so wäre hinzuzufügen, einen potenziellen Einfluss revolutionärer Doktrinen von oben aus. Kössler skizziert allerdings einen zweiseitigen Prozess: Neben der Unterdrückung des Kommunismus wirkte auch die betriebliche Mitbestimmung konfrontativen Proteststrategien in den Betrieben entgegen.⁴⁴ Wiebke Wiede hat das Ausbleiben großer Arbeitslosenproteste in Westdeutschland in den 1970er-Jahren nicht zuletzt mit der Abwesenheit einer schlagkräftigen kommunistischen Partei in Zusammenhang gebracht.⁴⁵ Das sind bisher eher begrenzte Schlaglichter, die Fragen aufwerfen, die von der vergleichenden Forschung systematischer beantwortet werden müssten.⁴⁶

40 Alain Viguié: *Le PCF à Renault Billancourt. Force et crise d'un symbole ouvrier (1944–1992)*, Nancy 2020, S. 98 f.

41 Zum Gewaltpotenzial französischer Sozialkonflikte der frühen Nachkriegszeit knapp Martelli: *L'empreinte communiste* (Anm. 38), v. a. S. 67; die französische Forschung verweist zur Erklärung auch darauf, dass etwa Sabotagestrategien der Résistance in der Nachkriegszeit weiterhin als legitimes politisches Mittel erschienen.

42 Andrews: *Endgames* (Anm. 12), S. 114–132; John McIlroy: *Notes on the Communist Party and Industrial Politics*, in: ders./Nina Fishman/Alan Campbell (Hg.): *The High Tide of British Trade Unionism. Trade Unions and Industrial Politics 1964–79*, Monmouth 2007, S. 216–258.

43 Kössler: *Abschied* (Anm. 4), Zitate S. 429, 430, 433.

44 Ebd., S. 432.

45 Wiebke Wiede: *Entre radicalisme et futilité? Les mouvements des chômeurs en Allemagne au XXème siècle*, in: *Les cahiers du comité d'histoire* 26 (2022), S. 149–156, hier S. 151.

46 Einen systematischen Literaturbericht in transnationaler Perspektive liefert Kim Christian Priemel: *Heaps of Work. The Ways of Labour History*, in: *H-Soz-Kult*, 23.1.2014, <https://www.hsozkult.de/literaturereview/id/fdl-136825> (ges. am 6. Oktober 2023).

V. Arbeiterrhetorik versus Revolutionierung des bürgerlichen Individuums: Varianten der »Neuen Linken«

In den ausgehenden 1950er-Jahren entstanden in Westeuropa Bewegungen, die sich »Neue Linke« nannten: *Nouvelle Gauche*, *New Left*, *Nuova Sinistra*, *Nieuw Links* und andere. Insbesondere die Ereignisse des Jahres 1956 – die Niederschlagung des Ungarn-Aufstands, Chruschtschows Enthüllung der stalinistischen Verbrechen auf dem XX. Parteitag der KPdSU und die Suezkrise – gelten als Auslöser einer Welle der Parteiaustritte und zugleich als Katalysatoren der Entstehung der westeuropäischen Neuen Linken. Die verschiedenen Bewegungen werden in der Historiografie vielfach in einem Atemzug genannt und als transnationales Phänomen mit begrenzten Varianten diskutiert.⁴⁷ Wenngleich sich die Bewegungen gegenseitig inspirierten und in zumindest begrenztem intellektuellem Austausch standen, wies doch die westdeutsche Neue Linke einige Spezifika auf, die sich nicht zuletzt mit der Leerstelle des Kommunismus in Zusammenhang bringen lassen.

In der französischen und britischen Linken waren die Ereignisse des Jahres 1956 Initialzündung für eine kritische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion einerseits und der jeweiligen nationalen kommunistischen Partei andererseits. Diese Konfliktlinie prägte Periodika wie *Arguments*, *Socialisme ou Barbarie*, *The New Left Review* oder *The New Reasoner*. Sie suchten nach einer Erneuerung des Marxismus in kritischer Abgrenzung vom Stalinismus. In beiden Bewegungen spielten abtrünnige ehemalige Parteimitglieder eine wichtige Rolle. Initiatoren des *New Reasoner* etwa waren Thompson und John Saville, beide noch Mitglieder der CPGB, als sie 1956 erstmals die Zeitschrift *Reasoner* herausgaben, die 1957 ihren Namen in *New Reasoner* änderte.⁴⁸

Für die Entstehung der westdeutschen Neuen Linken waren Inspirationen aus Frankreich und Großbritannien zwar wichtig, dennoch waren erstens die Chronologie und zweitens der Kontext ein deutlich anderer: 1956 war eine tiefe Zäsur für alle westeuropäischen Gesellschaften, in denen kommunistische Parteien signifikanten Einfluss hatten, zudem, mit der Suezkrise, auch für die spätkolonialen Imperien. Beides traf auf die Bundesrepublik nicht zu. Während sich britische und vor allem französische Neue Linke umfassend mit der »alten« Linken und gerade den jeweiligen kommunistischen Bewegungen auseinandersetzten, entstand die westdeutsche Neue Linke zum einen erst einige Jahre später, vor allem aber in einem links von der SPD weitgehend luftleeren Raum.

47 Kritisiert hat das jüngst auch David Bebnowski: Dispersion and Synchronization. Surge and Crises of the New Left in West German Leftist Periodicals in 1959 and 1976, in: Berger/Cornelissen (Hg.): Marxist Historical Cultures (Anm. 34), S. 235–255; siehe auch, mit nuancierten Beobachtungen zu transnationalen Kontakten und westdeutschen Spezifika: David Bebnowski: Kämpfe mit Marx. Neue Linke und akademischer Marxismus in den Zeitschriften »Das Argument« und »PROKLA« 1959–1976, Göttingen 2021, u. a. S. 58–73. Die folgenden Argumente decken sich in Teilen mit jenen von Bebnowski, beruhen aber, wo nicht anders gekennzeichnet, primär auf meinen eigenen Überlegungen in: Sonja Levsen: Sexualität und Politik um 1968. Eine transnationale Geschichte?, in: Journal of Modern European History 17 (2019), H. 1, S. 98–115.

48 Auch in den Redaktionen der italienischen und französischen Zeitschriften der Neuen Linken spielten Dissidenten eine große Rolle, siehe Bebnowski: Dispersion and Synchronization (Anm. 47), S. 65.

Drei Charakteristika lassen sich ausmachen, die die westdeutsche Neue Linke zumindest graduell, teils deutlich von den Bewegungen in Frankreich und Großbritannien unterschieden. Erstens spielte in den Publikationen der westdeutschen Linken die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, dem Parteikommunismus und mit Fragen kommunistischer Orthodoxie eine wesentlich geringere Rolle. Ihre westeuropäischen Schwesterbewegungen befanden sich in einem kontinuierlichen Prozess der Auseinandersetzung mit einer weiterhin starken *Old Left*, sie blieben dabei den Positionen der *Old Left* tendenziell näher als die westdeutsche Neue Linke – nicht nur wegen personeller Kontinuitäten. In der westdeutschen Neuen Linken hingegen kam Themen wie Faschismus, Erziehung, Bildung und, in auffälliger Weise, Sexualität weitaus größere Aufmerksamkeit zu. Zweitens war sie deutlicher eine außerparlamentarische Bewegung, während die neuen Linken in anderen westeuropäischen Gesellschaften in engerem Austausch mit linken Parteien im Parlament standen – sei es mit *Labour* in Großbritannien, dem *Parti socialiste unifié* (PSU) in Frankreich oder eben kommunistischen Parteien. Drittens und damit verbunden war die Distanz der westdeutschen Bewegung zur Arbeiterbewegung deutlich größer, das gilt auf personeller, organisatorischer und auch auf inhaltlicher Ebene. *Nouvelle Gauche* und *New Left* richteten ihre revolutionären Hoffnungen weiterhin primär auf die Arbeiterklasse. Dieser »labour metaphysic«,⁴⁹ geprägt noch von der *Old Left*, stand zumindest in Teilen der westdeutschen Bewegung ein deutlicherer Fokus auf das – häufig bürgerlich gedachte – Individuum gegenüber: 1968 propagierte hier die Kommune 2 die Idee einer »Revolutionierung des bürgerlichen Individuums« als Strategie der Gesellschaftsveränderung.⁵⁰ Auch die im westdeutschen '68 und dann im alternativen Milieu der 1970er-Jahre so prägende enge Verbindung von Lebensstil und Politik spiegelt den Fokus der westdeutschen Bewegung auf das Individuum. Sie war im Vergleich mit anderen westeuropäischen Gesellschaften ebenfalls ungewöhnlich. In der westdeutschen Neuen Linken, so lässt sich pointieren, entwickelte sich in diesem auf der linken Seite weitgehend luftleeren Raum ein deutlich anderes Revolutionsverständnis. Jenseits dessen zeigten auch die Protestformen der westdeutschen Neuen Linken einen Grad der Innovation, der mit der Abwesenheit kommunistischer Traditionen in Verbindung gebracht werden kann.⁵¹ Die von kommunistischen Traditionen weitgehend unbelastete Entwicklung der Neuen Linken dürfte eine ihrer Wurzeln sein.

VI. Fazit

Was war Demokratie in Westeuropa nach 1945? Der Blick auf den Kommunismus gehört zu dieser Frage, denn ob er in ihr, gegen sie oder in beiden Rollen zugleich wirkte:

49 Der US-amerikanische Soziologe C. Wright Mills kritisierte 1960 die Persistenz einer »labour metaphysic« in der britischen New Left: C. Wright Mills: Letter to the New Left, in: *New Left Review* 1/5, September – Oktober 1960, S. 18–23, hier S. 22.

50 Kommune 2: Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums. Kollektives Leben mit politischer Arbeit verbinden!, Berlin 1969.

51 Gatzka: Demokratie der Wähler (Anm. 8), S. 423–431.

Der Blick auf den Kommunismus hilft, ahistorische Vorstellungen vom »Westen«, von »Westeuropa« und »der« westlichen Demokratie zu revidieren. Zeitgenössisch wurde die kommunistische Präsenz innerhalb Westeuropas gerade von der Bundesregierung gern ausgeblendet, hätte sie doch das politische Versprechen in Zweifel ziehen können, die angestrebte Westintegration würde politische Stabilität für die Zukunft sichern. Genüsslich hielt Herbert Wehner 1953 der CDU in einer Bundestagsdebatte nach dem 17. Juni vor, ihre Politik der Westintegration sei eine Politik der engeren Zusammenarbeit »mit den beiden Ländern, die die stärksten kommunistischen Parteien in Westeuropa und die die am wenigsten stabilen Regierungen haben«, er meinte natürlich Frankreich und Italien.⁵²

Die gerade in der westdeutschen Geschichtswissenschaft lange prägenden Imaginationen des »Westens« trugen nicht zuletzt dazu bei, die Instabilität und Fragilität der Demokratie in Westeuropa, aber auch ihre sozialen und politischen Konfliktlinien in Vergessenheit geraten zu lassen. Vor allem aber interpretierten sie die Geschichte der Bundesrepublik aus einer spezifischen Perspektive, die neben Erkenntnisgewinnen auch heuristische Blindstellen mit sich brachte. Der knappe Blick auf die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Kommunismus und demokratischen Gesellschaften in ausgewählten westeuropäischen Gesellschaften kann dazu beitragen, bisher eher unterbelichtete Spezifika westdeutscher Gesellschaftsentwicklung in den Blick zu rücken: Gemeinschaftsnarrative und der Bedeutungsverlust des Klassenbegriffs, Streik- und Protestkulturen, Konfliktlinien und Deutungsmuster der Historiografie, Charakter und Entwicklung der Neuen Linken. Auch in Feldern wie der Geschlechtergeschichte, der Geschichte von Rassismus und Antirassismus wie der Parteien- und Parlamentsgeschichte dürfte es produktiv sein, die relative Leerstelle des Kommunismus in der Interpretation mitzudenken.

Die Gründung der DKP im Jahr 1968 lässt sich in diesem Kontext durchaus als Schritt zu einer begrenzten Wiederannäherung der Bundesrepublik an die politische Kultur ihrer westlichen Nachbarn verstehen. Die Partei blieb im westeuropäischen Vergleich jedoch schwach und konkurrierte mit neuen maoistischen Organisationen wie den K-Gruppen. Die Konkurrenzsituation innerhalb einer zerstrittenen radikalen Linken war zwar innerhalb Westeuropas nicht außergewöhnlich, die DKP blieb jedoch deutlich am unteren Rand der Wahlergebnisse westeuropäischer Kommunisten. In einigen Ländern erlangten kommunistische Parteien Anfang der 1970er-Jahre vorübergehend neue Wahlerfolge, für einige Jahre wurde die alte Linke noch einmal zur Hoffnungsträgerin für manche. Die Anziehungskraft der französischen und italienischen Kommunistischen Partei schien noch ungebrochen. Jenseits ihrer noch stabilen Wahlerfolge war die französische KP allerdings schon deutlich unter Druck geraten, während ihre italienische Schwesterpartei die faktische Regierungsbeteiligung erlangte. Westeuropa war auch in den 1970er-Jahren kein einheitlicher politischer Raum, die Rolle der Kommunismen in westeuropäischen Demokratien blieb divers.

52 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll der 278. Sitzung, 1. Wahlperiode, 1. Juli 1953, S. 13874.

